

Krakauer Zeitung.

Nr. 283. Mittwoch, den 10. December

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Number wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Auswendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Pr.-S. 1221.

Zu Gunsten der Abbränder in Tylicz, Sandecz	Kreises, sind im Monate November d. J. nachstehende Unterstüzungsbeträge eingezlossen:
" Alt-Sandec	10
" Skrzynna	2
" Neumarkt	10 45
Zusammen	24 70
Hiezu die früher ausgewiesenen	55 62
Somit im Ganzen	80 32
Diese Spenden wurden ihrer Bestimmung zugeführt.	

Vom Bezirksamt Wadowice
Vom k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium.
Krakau, 9. December 1862.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. Dezember d. J. dem Kommandeur des Oberst-Lämmertes Hofrat Joseph Ehren v. Raymond in Anerkennung seiner vielseitigen treuen und erfolgreichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse mit Nachdruck der Laren allgemein zu verleihen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 1. November d. J. das erledigte griechisch-unitarische Biotum zu Großwardein dem dortigen Generalkapitular Vitus Domherrn Joseph v. Papp Szilagyi allgemein zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat den geprüften Lehramtskandidaten und bisherigen supplirenden Lehrer Dr. Johann Vigio zum wirklichen Lehrer an der k. k. Ober-Realschule in Benedig ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 10. December.

Die „Gazetta di Turino“ vom 7. d. meldet die Beendigung der Ministerkrise. Die Mitglieder des Ministeriums sind bestimmt. Es ist nur noch die Vertheilung der Portefeuilles übrig. Man nennt als sicher: Pasolini, Farini, Minghetti, Peruzzi, Cassinis, Menabrea und Petitti. (Peruzzi, den Freund Ricasoli, wollte der Königs Anfangs nicht, weil derselbe englische Sympathien hat und Victor Emanuel „bescheidene Minister“ haben wollte, welche jede Lockerung der Allianz mit Frankreich vermeiden. Indessen scheint der Umstand, daß ohne den Eintritt Peruzzis das Ministerium die „Toscane“ sogleich zu Sezieren haben würde, den Ausschlag gegeben zu haben. Nach der „Italia“ würde Farini das Präsidium ohne Portefeuille, Peruzzi das Innere, Cassinis die Justiz, Menabrea die öffentlichen Arbeiten, Bougo die Marine und Audinot den Handel übernehmen. Yetti hat nicht angenommen; von Della Rovere wird noch Antwort erwartet. Man versichert, Pasolini wollte das Portefeuille des Außenfern nicht übernehmen.

In Griechenland hat die Königswahl durch allgemeine Abstimmung begonnen; die ersten 2500 Stimmen wurden sämlich für den Prinzen Alfred von Großbritannien abgegeben, dessen Erwähnung als gesichtet angesehen wird.

Der Fürst Ossipanti, gegen dessen Candidatur für den griechischen Thron, die „Post“ vor einiger Zeit ein protestirendes Schreiben von dem griechischen Gesandten in Paris, Herrn Kalergis, gebracht hatte, antwortet heute in einer aus Wien datirten Zuschrift an das englische Blatt. Er sagt darin u. A.: „Ich würde geschworen haben, wenn der von ihnen veröffentlichte Brief nicht so viel Irriges über meine Familie enthielte. Was mich selbst betrifft, so wird man mir in meinem Vaterlande gewiß die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ich von aller persönlichen Erfucht freい bin. Aber, was meine Familie anbelangt, so fühle ich mich verpflichtet, das unparteiische Zeugniß der Geschichte anzurufen, um die Wahrheit der Thatsachen festzustellen.“ — Der Fürst verbreitet sich sodann über die außerordentlichen Verdienste seiner Vorfahren, namentlich über das, was sie zur Wiedererweckung der hellenischen Nation gethan haben. Er gibt eine ganze gedrängte Familien-Chronik, und läßt aus dem darin herrschenden Ton schließen, daß er zwar nicht die Absicht habe, persönlich als Bewerber um den griechischen Thron aufzutreten, aber eine ohne sein Zuthun etwa auf ihn fallende Wahl keineswegs ablehnen würde.

Prinz Alfred von England ist einer tel. Depesche zufolge am 2. Dec. von Algier nach der Insel Malta abgefahrene.

Es liegen bereits Pariser Berichte vor über die am 7. d. erfolgte feierliche Eröffnung des Boulevard du Prince Eugène. Der Empfang des Kaisers war enthusiastisch. Weiter ist keine Thatsache von Bedeutung zu melden. Die „France“ sagt: der Kaiser habe auf die Anrede des Präfeten, der die Bäckerfrage vom Gesichtspunkte der Volksinteressen aus besprach, geantwortet: Er wolle dem Boulevard „Reine Hortense“ den Namen „Richard le noir“ beilegen, den Namen eines einfachen Arbeiters, der einer der bedeutendsten Industriellen Europas geworden. Der Kaiser sagte ferner, als er von der durch die Kaiserin begründeten Leibanstalt für Arbeiter sprach, sie strafe das Sprichwort Lügen, daß man nur dem Reichen leide. Hauptthese bei der Festlichkeit ist also gewesen, die Fürsorge des kaiserlichen Hauses für die Arbeiter ins günstigste Licht zu stellen.

Der Dualismus zwischen dem Palais Royal und den Tuilerien, d. h. zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Kaiser, wird täglich immer schroffer und öffentlicher. Das Organ des Palais Royal, die „Opinion Nationale“, trat vorgestern mit einem Aufsatz erregenden, gegen die italienische Politik des Kaisers gerichteten Artikel, so schneidend auf, daß man in den Tuilerien den Handschuh unmöglich liegen lassen konnte. Das Leibblatt der Kaiserin, die „France“, tritt heute in einem offiziellen (von dem „Secrétaire de la Redaction“ unterzeichneten) Artikel, einem „Prinzen Napoleon“ entgegen. Der Artikel der „Opinion Nationale“, ruft die „France“ aus, ist etwas ganz anderes als ein Journal-Artikel, er charakterisiert eine Situation. Herr Guerout hat nur seine Feder „hergeholt“ für die Rechnung einer Politik, die immer deutlicher die Tendenz durchblicken läßt, in der Regierung den größten Platz an sich zu reißen (sic.). Es wird des Weitern auseinander gesetzt, daß die ehrlichen Gegner des Kaiserthums weit vorzuzeihen seien jenen Freunden derselben, welche ihm die Mission einer organisierten Revolution gegen die bestehenden europäischen Verhältnisse zumuthen und ihm dadurch die Elemente der Dauer unter den Füßen wegziehen wollen, zunächst mit Anwendung auf den Papst. — Es ist diese Polemik ein merkwürdiges Symptom des inneren Zwiespaltes in der kaiserlichen Familie, der noch eine große Rolle in der Zukunft spielen wird.

„Daily News“ vom 6. d. enthält einen gereizten Artikel gegen Deutschland. Dieses habe Lord Russells Vorschläge als unzureichend abgelehnt und beansprucht offen das Recht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks. Hierdurch seien Lord Russells Vorschläge praktisch erledigt und ein diplomatischer Ausgleich unwahrscheinlich. (So viel Zeilen, schreibt die „P. B.“, so viel Irrtümer, oder richtiger so viel klug berechnete Unwahrheiten. Lord Russells Vorschläge sind nicht abgelehnt worden, am allerwenigsten als unzureichend. Eben so wenig verlangt Deutschland Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks. Der ganze Artikel scheint eine Persodie.)

Das offizielle Kopenhagener Blatt „Danmark“ bezeichnet in einem Leitartikel die Politik der Regierung als solche, welche, wie aus den Beantwortungen der preußischen, österreichischen und englischen Depeschen zu ersehen, darauf hinausläuft: die constitutionelle Verbindung zwischen dem Königreich und Schleswig zu wahren und Holstein eine selbständige Stellung zu geben. (Also doch immer: Dänemark-Schleswig.) Hieaus, bemerkte das Journal, könne sich entweder ein Bürdikeben zu einer Verfassungsgemeinschaft ohne Preisgebung der Selbstständigkeit des Königreichs und Schleswigs, so wie deren Unabhängigkeit vom Bundesstaat, oder eine größere oder geringere Aufhebung der Gemeinschaft zwischen Holstein auf der einen und Dänemark-Schleswig auf der andern Seite, entwickeln.

Die türkische Regierung hat in Wien durch ihren Botschafter die Erklärung abgeben lassen, daß sie in eine nachträgliche Modifizierung des mit dem Fürsten von Montenegro abgeschlossenen Friedens nicht einwilligen könne und sich in keine Verhandlungen zu diesem Zwecke einlassen wolle. Zugleich ließ sie anzeigen, daß sie sowohl den Bau der Militärstraße als auch die Errichtung der Blockhäuser unverzüglich beginnen lasse.

Der „Pester Lloyd“ sieht sich bemüßigt, die auch von uns gebrachten detaillierten Mittheilungen über den Waffen schmuggel aus Bessarabien durch die Donaufürstenthümer nach Serbien als eine „Cartarenbotschaft“ zu bezeichnen. — Allerdings sind, meint der Botschafter bei der Sache Cartare im Spiele, wir aber behalten bei unseren Behauptungen, und unsere aus kaufmännischen Quellen geflossenen Correspondenzen, welche über diese Angelegenheit sprachen, stimmen

ganz überein mit Berichten anderer Blätter. Wir fügen vorläufig noch die Notiz hinzu, daß ein Bulgarer Kaufmann Namens Konkovics den Transport besorgt hat.

Die Pariser governementalen Blätter spreien Feuer und Flamme gegen den Mexicanischen Präsidenten Juarez, weil derselbe einige Franzosen aus Mexico ausgewiesen hat. Ohne nur im entferntesten, schreibt ein Pariser Corr. der „N. P. B.“, Juarez und seine Maßregeln vertheidigen zu wollen, müssen wir doch die Thatsache hervorheben, daß der Krieg, den der Kaiser Napoleon der mexicanischen Regierung macht, ein durchaus revolutionärer, indem sein eingestandener Zweck der Sturz der republikanischen Regierung ist. Auch ist es historisch erwiesen, daß der erste Napoleon während seiner Kriege mit England alle in Frankreich befindlichen Engländer verhaftet ließ. Unter den Mitgliedern des diplomatischen Corps in Mexico, welch gegen jene Maßregeln protestirt haben, befindet sich der englische Gesandte nicht — ein neues Symptom von der entente cordiale. Aus den neuesten hier eingetroffenen Briefen aus Mexico erfahren wir, daß Juarez unter Beipflichtung der Junta ein Manifest an das Volk erlassen hat, in welchem er es zum Kriege bis aufs Messer gegen die Franzosen auffordert. Wie in allen seinen Proklamationen, macht er einen Unterschied zwischen der französischen Nation und ihrem Souverän. Was dieser natürlich sehr übel nimmt.

Eine in Mexico selbst in französischer Sprache erscheinende Monatsschrift stellt den Sachverhalt etwas anders dar, als die Söhne des Herrn Becker. Am 2. October geschah die Festnahme der Franzosen, Tags darauf richteten die Gefandten Nordamerika's (Thomas Corwin), Preußens (v. Wagner, der zugleich Frankreich und Spanien vertritt), Ecuadors, Venezuela's und Perus eine Note an den Minister La Fuente, und dieser antwortete noch an denselben Tage, nicht trocken (schematisch) wie der „Moniteur“ sagt, sondern sehr höflich, daß die Regierung die Ausweisung nicht willkürlich, sondern nach reiflicher Erwägung verfügt habe, da die Ausgewiesenen durch ihr Verhalten motorisch die Neutralität verletzt hätten, welche sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen hätten beobachten müssen. Der Gesandte von Peru veruhigte sich, wie er schriftlich erklärte, bei diesem Bescheide; die anderen Gesandten schwiegen; nur Herr v. Wagner, der noch einen besonderen Protest eingereicht und ein ordentliches Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten gefordert hatte, schickte Herrn La Fuente am 9. October einen Protest des Hauses J. B. Becker u. Ep. zu, worauf der Minister am 24. October unter Rücksendung dieses Schriftstückes erklärte, der Präsident Juarez könne keine Einsprache dulden gegen Maßregeln, welche er kraft seiner national-souveränen, durch die Verfassung garantirten Bezugsnisse verfügt habe. Becker und seine sechs Beidensgefährten sind am 5. October von 170 Mann Cavalierie von Mexico nach Guanajuato escortirt worden, wo sie am 13. October angelangt waren. Sie sollten nach Manzanillo am stillen Ocean gebracht werden, bat aber um die Vergünstigung, lieber nach Matamoros oder nach Tampico am mexicanischen Meerbusen gehen zu dürfen. Becker hat sein Schicksal reichlich verdient; denn seine Correspondenz mit Frankreich, welche man aufgefangen und in französischer und spanischer Sprache veröffentlicht hat, qualifiziert ihn als Intriganten und Landesverräther. Was die anderen sechs verschuldet haben, darüber weiß die erwähnte Monatsschrift keine weitere Auskunft zu geben.

Das offizielle Kopenhagener Blatt „Danmark“ bezeichnet in einem Leitartikel die Politik der Regierung als solche, welche, wie aus den Beantwortungen der preußischen, österreichischen und englischen Depeschen zu ersehen, darauf hinausläuft: die constitutionelle Verbindung zwischen dem Königreich und Schleswig zu wahren und Holstein eine selbständige Stellung zu geben. (Also doch immer: Dänemark-Schleswig.) Hieaus, bemerkte das Journal, könne sich entweder ein Bürdikeben zu einer Verfassungsgemeinschaft ohne Preisgebung der Selbstständigkeit des Königreichs und Schleswigs, so wie deren Unabhängigkeit vom Bundesstaat, oder eine größere oder geringere Aufhebung der Gemeinschaft zwischen Holstein auf der einen und Dänemark-Schleswig auf der andern Seite, entwickeln.

Die Wiener Blätter melden gleichlautend, ohne Zweifel nach einer autographirten Correspondenz, daß vorgestern Graf Karnicki, der österreichische Gesandte am kurhessischen Hofe, aus Kassel in Wien eingetroffen sei und alsbald eine Conferenz mit dem Grafen Rechberg gehabt habe. Nach der „Presse“ ist Graf Karnicki schon vor ungefähr 14 Tagen in Wien angekommen, um seine schwererkrankte Gemalin vor ihrem Hinscheiden noch zu sehen. Die Reise des Grafen hat daher kein politisches Motiv. Wie die „Presse“ ferner meldet, kehrt Graf Karnicki vorderhand nicht wieder auf seinen Posten in Kassel zurück, sondern geht zu seiner Erholung mit Urlaub auf unbestimmte Zeit nach Italien.

Ein Wiener Correspondent der „Berliner B. und H. B.“ vernimmt „aus guter Quelle“, daß zwischen Wien und Berlin über die Form verhandelt wird, in welcher der Bundestag mit der neuerrichtlichen von den beiden Cabineten in Kurhessen unternommenen Maßregel befaßt werden soll. Preußen scheint sich auf eine bloße Mittheilung des faktischen beschränken zu wol-

len, Graf Rechberg hiergegen eine eingehende Verhandlung mit dem Endzweck, einen zustimmenden Beschuß des Bundes zu extrahiren, zu beabsichtigen.

Das anstatt des „Journal de Francfort“ unter dem Titel „Europe“ in Frankfurt seit einigen Tagen in französischer Sprache erscheinende Blatt, teilt in einer Wiener Correspondenz mit, daß der preußische Ministerpräsident Herr v. Bismarck sich Mühe gebe, Österreich zu einer Unterhandlung über die künftige Stellung Österreichs und Preußens in Deutschland zu bestimmen. „Die von Herrn v. Bismarck vorgeschlagenen Grundlagen dieser Unterhandlung“, sagt „Europe“, sind weder neu noch sonderlich annehmbar. Er verlangt: das Alternat Österreichs und Preußens im Vorfall am Bunde; Übergabe der Mainlinie in militärischer Beziehung an Preußen (worunter wahrscheinlich die Besetzung der jenseits des Main gelegenen Bundesfestungen verstanden wird), und Oberbefehl der Bundesarmee. Es wird erlaubt sein, die Richtigkeit dieser Mittheilungen zu beweisen und anzunehmen, daß Herr Ganesco vor der Hand nur darnach trachtet, sein neues Blatt pflanz zu machen.

In einer vor Kurzem in Darmstadt abgehaltenen Versammlung von Theilnehmern an der großdeutschen Versammlung in Frankfurt ist die Gründung eines „Deutschen Reformvereins“ in Darmstadt beschlossen und ein Comité zur Entwerfung von Statuten gewählt worden.

Die Schrift Heinrichs v. Gagern, worin er er seine jetzige politische Haltung rechtfertigt, wird nach dem „Schw. M.“ in der nächsten Woche erscheinen. Ihr sollen verschiedene Actenstücke von sehr interessantem Inhalt brigedruckt sein.

Über die Erbfolge in Braunschweig schreibt man einem auswärtigen Blatte unter Anderem: Die Unterhandlungen über die künftige Stellung Braunschweigs unter der Regierung der jüngeren Linie werden seit längerer Zeit geführt, der Herzog beteiligt sich persönlich an denselben und war auch jüngst selbst in Hannover. Sobald ein vorläufiger Abschluß erzielt ist, wird man sich an die Stände wenden. So viel man hört, wird braunschweigerischerseits darauf hingewirkt, dem glücklichen und zufriedenen Lande so viel Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu wahren, als nur irgend möglich ist.

Verhandlungen des Reichstheates.

Die Beschlüsse der Finanzcommission des Herrenhauses über die Bankakte liegen nun in authentischer Fassung vor. Die Bankakte selbst ist gedruckt und nur der Bericht des Referenten Freiherrn v. Baumgartner hat bis zur Stunde den Druck noch nicht verlassen. Die Bankakte besteht bekanntlich 1. aus dem Gesetz, mit welchem der Finanzminister ermächtigt wird, das entworfene Uebereinkommen mit der Bank abzuschließen, und in dem bestimmt wird, daß die neuen Statuten mit dem Tage der Kundmachung der Allerhöchsten Genehmigung des Uebereinkommens in Wirkksamkeit treten; 2. aus dem Uebereinkommen der Staatsregierung mit der Bank; 3. aus den Statuten und 4. aus dem Reglement. Wir werden die von der Finanzcommission des Herrenhauses an dem Entwurfe des Abgeordnetenhauses vorgenommenen Änderungen in der Reihenfolge dieser Theile der Bankakte darstellen.

Das Gesetz, welches nur aus zwei Artikeln besteht, bleibt unverändert. Die ursprüngliche Regierungsvorlage hatte in einem III. Artikel die Bestimmung enthalten, daß sich der Staat neuerdings des Rechtes begibt, Staatspapiergeld mit Zwangsfürs in Umlauf zu setzen. Die Finanzcommission hat die in dem Entwurfe des Abgeordnetenhauses hinweggelassene Bestimmung nicht angenommen, obwohl bezüglich dieses Punktes, welcher übrigens von sekundärer Bedeutung ist, in der Petition des Bankausschusses für die Aufnahme plaidirt worden ist.

In dem Uebereinkommen erscheint zuerst der §. 3 abgeändert. In demselben wird nach dem Entwurfe des Abgeordnetenhauses bestimmt, daß die aus dem Jahre 1859 herrschende Silberschuld des Staates an die Bank per 20 Millionen Gulden in zwei gleichen Raten zurückgezahlt werde, deren erste mit Ende Dezember 1865 und die zweite mit Ende 1866 fällig ist. Die Finanzcommission hat nun diese Bestimmung dahin modifizirt, „daß die erste Hälfte des Schuld längstens bis Ende Dezember 1865, die zweite längstens bis Ende Dezember 1866 berichtigt werde. Der §. 4 bestimmt, daß die Bank dem Staat ein Darlehen von 80 Millionen überlässe, „für welches der Staat

vom ersten Tage des Jahres 1867 an eine jährliche Pauschalsumme von einer Million Gulden entrichtet." Das Abgeordnetenhaus hatte das Darlehen als ein unverzinsliches gefordert. Die Pauschalsumme von 1 Million wurde erst in der letzten Sitzung der Finanz-Commission fixirt, nachdem man sich zuerst für fl. 1,400,000, dann für 1,060,000 fl. entschieden hatte.

Im §. 6 wurde die Modification vorgenommen, daß „zur beschleunigten Verwertung der Staatsgüter auch eine Verpachtung, sowie eine Belastung derselben mittelst Pfandbriefen von der Staatsverwaltung im Einverständnisse mit der Bankdirection“ veranlaßt werden könne. Diese von der Finanzcommission vorgenommene Einschaltung entspricht einem der sieben Punkte der Bankpetition. Eine ähnliche Berücksichtigung bekundet die im §. 7 vorgenommene Änderung. Die erste Alinea desselben lautet nach dem Entwurf des Abgeordnetenhauses: Die Nationalbank verpflichtet sich, die mit heutigem Tage in ihrem Eigenthume befindlichen Effecten innerhalb des Zeitraums und noch dem Verhältnisse, in welchem der Staat die Rückzahlung an die Bank leistet, vollständig zu veräußern. Die Finanzcommission hat die Worte „und nach dem Verhältnisse“ weggelassen, eine Omission, welche in der Bankpetition erbeten wurde.

Der §. 8 lautet nach dem Entwurf des Abgeordnetenhauses: Die durch die Rückzahlungen des Staates und durch die Veräußerung der Effecten der Bank eingehenden Beträge sind in der Weise zur Verringerung des Notenumlaufes zu verwenden, daß bis Ende Dezember 1866 die statutären Bedeckung der Noten hergestellt ist. Die Finanzcommission hat die Worte: „zur Verringerung des Notenumlaufes“ hingeworfen. Eine solche Modification war unseres Wissens von keiner Seite angeregt und wir müssen die Mittheilung der in dem Berichte niedergelegten Motive abwarten, um die Bedeutung dieser Änderungen zu beurtheilen.

Der §. 9 erfuhr eine wesentliche Änderung im Sinne der Bankpetition. Die ersten beiden Alineas desselben lauten nach dem Beschlusse der Finanzcommission:

„Die Nationalbank bleibt vorläufig ermächtigt, Noten zu 1 und zu 5 fl. in Umlauf zu halten. Der Zeitpunkt für die Einziehung dieser wirklichen (d. i. sowohl der Einforderungs- als Fünfernoten) Bank durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden.“

Das Abgeordnetenhaus hat die Bestimmung des Zeitpunktes für die Einziehung nur bezüglich der 1 fl. Noten einem besonderen Gesetz vorbehalten, während es die Einziehung von 5 fl. Noten auf den Zeitpunkt fixirt hatte, wenn die Veräußerung der zur Bedeckung dieser Noten dienenden, der Bank verpfändeten Losen des Anlehns von 1860 beendigt ist, d. i. 1. Jänner 1864.

Im §. 13 wurde die unbedeutende Modification vorgenommen, daß das Ansuchen und weitere Verlängerung des Privilegiums und der Vorrechte der Nationalbank „wenigstens“ zwei Jahre vor Ablauf des Privilegiums zu stellen sei. In der zweiten Alinea dieses Paragraphes wurden entsprechend der im §. 1 der Statuten veränderten Privilegiumsdauer auch die Jahreszahlen verändert. Die zweite Alinea soll nunmehr lauten:

„Erfolgt nach rechtzeitigem Anbringen dieses Gesuches die Entscheidung der Gesetzgebung über die Verlängerung oder Nichtverlängerung des Privilegiums nicht vor Ende des Jahres 1879 (statt 1875) so ist das Privilegium jedoch nur für die Dauer des Jahres 1881 als stillschweigend verlängert anzusehen.“

In den Statuten nehmen wir folgende Modificationen wahr. Im §. 1 wurde bestimmt, daß das Privilegium bis zum Jahre 1880 (statt 1876) dauern solle. Im §. 3 heißt es nunmehr: Die Bank ist verpflichtet in Folge des im „Einverständnisse“ mit der Bankdirection von der Staatsverwaltung erkannten Erfordernisses Filialen zu errichten. Im Entwurf des Abgeordnetenhauses heißt es im „Einverständnisse“ mit der Bankdirection.

Im §. 10 wurde eine Abänderung dahin getroffen: „Von dem Jahreserträgnisse der Geschäfte und des Vermögens der Bank gebühren den Actionären nach Abzug aller Auslagen zunächst fünf vom Hundert des Bankfondes“; statt sechs vom Hundert, wie das Abgeordnetenhaus beschlossen hat. Die erste Alinea des §. 11 soll nach dem Commissionsentwurf lauten: Der Reservefond wird abgesondert verrechnet und ist „noch vor Ergänzung der fünfprozentigen Zinsen (§. 10)“ zur Deckung von Verlusten oder Abschreibungen was immer für einer Art bestimmt. Hier hat die Finanzcommission die mit durchgeschossenen Blättern bezeichnete Einschaltung vorgenommen. Die beiden letztgenannten Modificationen zielen auf eine Validierung des Reservefonds hin, und die erste der beiden Bestimmungen war schon in der ursprünglichen Regierungsvorlage enthalten.

Im §. 12 wird die ursprüngliche Definition der Banknoten wieder hergestellt. Dieselbe lautet nunmehr: „Die österreichische Nationalbank ist während der Dauer ihres Privilegiums ausschließlich berechtigt, Anweisungen auf sich selbst, die unverzinslich und dem Überbringer auf Verlangen zahlbar sind, anzufertigen und auszugeben.“ Die Änderung beschränkt sich übrigens auf die Auslassung der Worte: „Banknoten d. i.“ vor den Worten: Anweisungen u. s. w.

Die wichtigste Modification ist in dem §. 14 vorgenommen worden. Derselbe bestimmt das System der Notenbedeckung. Wir lassen diesen Paragraphen seinem vollen Wortlaut nach in der Fassung folgen, welche ihm die Finanzcommission des Herrenhauses gegeben hat. Derselbe lautet:

„Die Bankdirection ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß, so lange der Betrag an umlaufenden Noten die Summe von 350 Millionen Gulden nicht übersteigt, wenigstens ein Drittel derselben in gesetzlicher Silbermünze oder in Silberbarren vorhanden sei. Wie weit

diese Bedeckung über ein Drittel des Betrages in umlaufenden Noten stehen muß, damit die Erfüllung der im §. 13 enth. sten Verpflichtung der Bank gesichert sei, ist der pflichtmäßigen Sorge der Bankdirection zu bestimmen überlassen. Jener Betrag, um welchen die umlaufenden Noten 350 Mill. Gulden übersteigen, muß vollständig in gesetzlicher Silbermünze oder in Silberbarren vorhanden sein. Doch kann in allen Fällen bis zur Höhe des vierten Theiles vom Werthe der Metallbedeckung Gold in Münze oder in Barren zur Deckung verwendet werden.“

Jener Betrag, um welchen die umlaufenden Noten den vorhandenen Barvorrat übersteigen, muß entweder mit statutären escomptierten oder beliehenen Effecten oder mit eingelösten verfallenen Coupons von Grundentlastungsbölgationen, oder endlich mit statutären (§. 44 der Statuten für die Hypothekar-Abtheilung) eingelösten und zur Wiederveräußerung bestimmten Pfandbriefen der Bank bedeckt sein. Letztere dürfen aber den Betrag von 20 Millionen nicht überschreiten und können nur mit zwei Dritteln des Nennwertes zur Bedeckung dienen.

Als umlaufende Noten sind die von der Nationalbank ausgegebenen und nicht in ihre Kassen zurückgelangten Noten anzusehen.

Der Betrag der umlaufenden Noten und der Stand ihrer Bedeckung ist wöchentlich kundzumachen.“

Man sieht daraus, daß die hier vorgeschriebene Drittelpdeckung eine Minimaldeckung ist und daß der Bank Verpflichtungen auferlegt sind, welche über die Drittelpdeckung hinausreichen und unter der aufrecht erhaltenen Sanction des §. 13 stehen, nach welchem die Nichteinlösung der Noten bei der Hauptcasse in Wien den Verlust des Privilegiums zur Folge hat, wenn die zeitweilige Einstellung der Noteneinlösung nicht im gesetzlichen Wege verfügt worden wäre.

Außer den hier gestellten Modificationen sind nur an einigen wenigen Stellen Änderungen rein stilistischer Natur vorgenommen worden; so wurde z. B. das Wort „Vergleichsverfahren“ entsprechend dem veränderten Titel des diesjährigen neuen Gesetzes im „Vergleichsverfahren“ verändert.

Landtags-Angelegenheiten.

Dem Landtag in der Bukowina steht, wie der „Lemb. Zeitung“ aus Czernowitz geschrieben wird, die Lösung vieler hochwichtiger Landesfragen bevor. Obenan stehen das Gemeindegesetz und Regulation der Grundentlastungsfonds. Letztere sind für die Bukowina eine insbesonders wichtige Angelegenheit. Regierung und Landtagsausschuß bereiten Vorlagen für Strafensaukonkurrenz, Vorspannentschädigung, Quarantäneschädigung für die Geistlichkeit, Errichtung einer Kindelanstalt, Gesetze über die Ablösung der Pfarrrobot u. s. w. vor.

Wie eingelaufene Telegramme aus Wildenschwert melden, wurde Herr Sladkovsky mit 50 gegen 43 Stimmen zum Landtags-Abgeordneten für Senftenberg-Grulich gewählt. Die deutsche Partei hat es diesmal versäumt, einen eigenen Kandidaten in diesem gemischten Bezirk aufzustellen, da man im vorhinein wußte, daß die Stimmen zwischen dem Statthalterrat Grimm, der in diesem Bezirk gebürtig ist, und Herrn Sladkovsky sich so giebmlichtheilen werden. Durch die Wahl des Herrn Sladkovsky verlieren die Deutschen eine Stimme im Landtag; die Gegenpartei gewinnt an Herrn Sladkovsky einen gewandten und glaubensstarken Redner, der seiner politischen Richtung nach liberaler als manche Körphäler seiner Partei, im übrigen aber einer der leidenschaftlichsten Vorlämpfer der Koruna östská ist.

Bei der in Czernowitz am 4. d. an Stelle des Herrn Isaak Rubinstein stattgefundenen Wahl eines Landesdeputirten wurde von der Bukowinaer Handels- und Gewerbe kammer der Sekretär derselben Herr Andreas Mikulitsch zum Abgeordneten für den Landtag gewählt.

In Rovigno wurde der dortige Handelskammer-Präsident Benussi zum Deputirten für den Istrianner Landtag gewählt.

Österreichische Monarchie.

Wien, 9. Oct.

Vorgestern feierte Se. Kaiserliche Hoheit der Herr Erzherzog Franz Karl seinen 60. Geburtstag. Se. Majestät der Kaiser kamen um 10½ Uhr Vormittags von Schönbrunn herein, um Sr. Kaiser. Hoheit zu gratulieren. Gegen 5 Uhr Nachmittags war aus Anlass des Festes Familiedinner, welchem beide Majestäten, sowie sämtlich hier anwesende Erzherzöge b.wohnten.

Morgen begeben sich Se. Majestät der Kaiser nach Kaltenleutgeben und Mödling, wo eine Fuchs Jagd abgehalten wird.

In dem Jagdgebiet des Schlosses Selowitz in Mähren wird morgen eine Hirschjagd abgehalten werden.

Der „Wiener Post“ zufolge wird die Ankunft des Kronprinzen von Preußen zuverlässig am 16. d. M. erfolgen.

Es verlautet von einem Antrage, der englischen Sprache vollkommen kundige Offiziere der k. k. Kriegsmarine nach England zu schicken, um die dortigen Marine-Einrichtungen zu studiren. Diese Marine-Offiziere werden auf englischen Kriegsschiffen eine Zeit lang als Freiwillige dienen, um dadurch den praktischen Seedienst, wie derselbe in England betrieben wird, kennen zu lernen.

Se. Excell. der Herr Statthalter des Königreichs Ungarn hat sich bestimmt gefunden, für den Bereich des Temesvarer Comitats die Ausübung des Stand-

rechtes gegen Mord, Raub und Brandlegung auf die Dauer von einem Jahre anzurordnen.

Der Vicepräsident des königlich siebenbürgischen Guberniums, v. Kozman, ist bedenklich erkrankt.

Wie dem „P. L.“ aus Agram, 4. d., berichtet wird, haben sich drei Comitate in ihren dieser Tage abgehaltenen Generalcongregationen einstimmig d. für ausgesprochen, Sr. Majestät den König mittelst Repräsentationen um die baldige Einberufung des Landtages zu bitten, um endlich einmal die so lange in der Schwebe stehenden staatsrechtlichen Beziehungen und Fragen endgültig zu regeln. Unzweifelhaft wird auch das Agramer Comitat in seiner nächsten Generalversammlung denselben Weg einschlagen und dadurch die Wichtigkeit der Landtagseinberufung noch erhöhen.

Deutschland.

Aus Berlin, 8. Dec., wird gemeldet: Nach der „Nationalzeitung“ ist der Abgeordnete, Staatsanwalt Schröder zu Wittenberg zur Disposition gestellt worden.

Das Kammergericht hat heute das den Re-

darsteller Holdheim freisprechende Erkenntnis der ersten Instanz bestätigt, dagegen den Schriftsteller Walestrode,

der in erster Instanz freigesprochen worden war, zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt.

Aus Berlin schreibt der „Times“ - Correspondent:

„Es herrscht hier die allgemeine und ohne Zweifel wohl begründete Überzeugung, daß das Ministerium Bismarck sich in einem Zustande völliger Ratlosigkeit befindet. Niemand sucht eine Vermuthung darüber anzustellen, was der Feldzugspanier der Minister sein möge, weil Niemand glaubt, daß sie einen Feldzugspanier haben oder zu entwerfen im Stande sind. Herr v. Bismarck, so erzählte man mir, hält lange Reden an seine Collegen, aber es sind Allgemeinheiten, die keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Lage zeigen. Das Publicum scheint zu denken, daß der jetzige Premier die ganze Schuldigkeit gehabt hat, zu der er ins Amt berufen wurde, und daß er wahrscheinlich bald einem Nachfolger Platz machen wird.“

Man schreibt der „Augsb. Allg. Ztg.“ von Berlin: „Seit ein paar Tagen ist das Gerücht von einer bevorstehenden Cabinets-Modification aufgetaucht. Es knüpft sich an einen Artikel der Kreuzzeitung, „zur gegenwärtigen Krise“, in welchem dem Ministerium zum Vorwurf gemacht wurde, daß es den König im Kampfe gegen den Parlamentarismus allein gelassen habe und die Anläufe zu einer straffen Anziehung der Regierungsgewalt eben nur Anläufe geblieben seien.

Man vernimmt nämlich, daß in maßgebenden Kreisen, welchen Herr v. Bismarck angehört, sich die Überzeugung festgesetzt habe, daß die gegen Beamtentum, Presse und Vereinswesen ergriffenen Maßregeln entweder unzureichend seien oder nicht mit zehriger Energie zur Ausführung gebracht würden. In allen diesen Beziehungen sollen speciel gegen Herrn v. Tago v. den Minister des Inneren, Beschwerden erhoben werden, welche seine Stellung erschüttert haben. Auch soll in den eben charakterisierten Kreisen der Verstand ins Auge gefaßt worden sein, daß in den Ministerien sich noch eine große Anzahl von Räthen der entschiedensten liberalen Parteistellung befinden, und zwar in Functionen von so einflußreichem Belang, daß die Inconvenienz ihrer Stellung mi ihrer Gesinnung elatant sei. Man vermutet, daß auch in dieser Beziehung Maßregeln getroffen werden würden, um die „einheitliche Wirkung der Regierungsgewalt“ zu fördern.“

Berliner Berichte constatieren, daß die Stimmung seit den letzten Tagen in den maßgebenden Kreisen gegen jede Concession gerichtet ist, und sich einem verschärferten Repressions-Systeme zuwenden. Wie entwirkt andererseits die Constitutionellen sind, beweist ein Schreiben des Abgeordneten Müllersieben an den Kronprinzen von Preußen. Dieser greife Abgeordnete appelliert in dem Augenblick, wo er sein Mandat niedergelegt, von dem Monarchen an den Kronprinzen, den er beschwört, von dieser Zeile beim Könige einen geeigneten Gebrauch zu machen. Müllersieben appelliert von dem schlechtberathenen an den besserberathenen König, und b.theuer in Ausdrücken voll erschütternden Uffices die Treue und Ergebenheit des um sein Recht besorgten Volkes.

Außerdem der Ernennung des Grafen v. Goltz zum Botschafter in Paris und des Grafen Nederven zum Gesandten in Petersburg, die bereits in der Presse erwähnt worden sind, stehen noch andere wichtige Veränderungen im diplomatischen Corps bevor. Sicherem Vernehmen nach wird Herr v. Uedorf statt des Gr. Brassier St. Simon den Gesandtschafts-Posten in Tunis erhalten und in Frankfurt durch Herrn v. Sydow ersetzt werden, dessen Nachfolger in seinem Posten als Unter-Staatssekretär Graf Eulenburg sein wird.

Der württembergische Landtag wird in der ersten Hälfte des Februar einberufen werden.

Die „Koburger Zeitung“ meldet: „Durch die

Ernennung des Herrn von Haynau zum Oberdirektor

der herzöglichen Güter in Österreich an die Stelle des Baron Köppel ist die Stelle des Koburger Staats-

anwalts erledigt. Se. Hoheit der Herzog hat in die-

selbe Herrn Staatsanwalt Oppermann aus Berlin be-

rufen, welcher voraussichtlich diesem Rufe folge leisten

und im nächsten Jahre seine Funktionen beginnen wird.“

Der „Südd. Ztg.“ zufolge hat Hauptmann Dörr dem General v. Haynau, der ihn auf Pistolen gefordert, erklären lassen, er könne sich erst dann auf ein Duell mit dem Herrn General einlassen, wenn derselbe seine älteren Ehrenhändel abgethan hätte.

Frankreich.

Paris, 6. December. Die Niederlage der russisch-französischen Politik in Griechenland ist eine ganz pittoreske Illustration zu dem Feste, welches morgen den Parisern geboten wird, und es erscheint fast wie eine Ironie des Schicksals, daß diese Verherrlichung des Siegknigs Eugen von Italien mit dem politischen

Giazzo seines Enkels (Herzogs von Leuchtenberg) zusammenfällt. Der eigentliche Charakter der Festlichkeit ist ein militärischer, denn der Triumphbogen, welcher an der Barrière du Trône errichtet wird, soll das Seitenstück zu dem Arc du Triomphe in den Elysäischen Feldern bilden und die Inschriften der unter dem zweiten Kaiserreich gelieferten Schlachten führen. Vielleicht schreibt man darüber: L'empire c'est la paix.

Die algierischen Scheiße, welche nach Compiegne geladen sind, werden daselbst mit vieler Aufmerksamkeit und Auszeichnung behandelt. Es sind deren sehr schämlich Männer von seinem ernstem und höchst imponirenden Aussehen. Es sind wahnsinnige Gläubige; sie essen sehr wenig und trinken nur Wasser. — Aus Anlaß der Adventszeit bringt der Erzbischof von Paris seinem Clerus die Sammlung für den Peterspennig in Erinnerung. — Die Academie der Inschriften hat gestern an Stelle der verstorbenen Somard und Magnin die Herren Haureau und de Slane zu ordentlichen Mitgliedern erwählt. — Der spanische Gesandte, Marquis de la Havannah, ist vorgestern nach Madrid zurückgekehrt, um, wie die „France“ meldet, im September sich an der Discussion über die mexicanische Angelegenheit in direkter Opposition gegen General Prim zu beteiligen. — Der Sturm in der Nacht vom 24. auf den 25. November hat den unterseeischen Telegraphenbrücke zwischen Port Vendre und Algier beschädigt. Der Aviso Brandon ist bereits unterwegs, um die schadhafte Stelle aufzusuchen und zu reparieren. — Granier de Cassagnac hat im Namen einer Gesellschaft das Journal „L'Echo de la Presse“, das, wie es vor einiger Zeit hieß, in den Besitz des Herrn Mirès gelangt sein sollte, angekauft. — Der „Morning Herald“ wurde heute nicht ausgegeben, da derselbe eine heftige Proklamation des mexicanischen Präsidenten enthalten soll. — Herr E. de Girardin schwadronirt von Union in der „Presse“ das tollste Zeug zusammen; böse Zungen nennen seinen Biedereintritt in die Tagesspresse nach fünsjährigem Schweigen: le retour d'Emile de l'île d'Elbe, und prophezeien ihm ein geistiges Waterloo.

General Trochu war dieses Jahr, wie der „Monsieur de l'Armée“ anzeigt, mit der Inspektion der Militärschule von St. Cyr beauftragt. Er ist der erste Böbling dieser Anstalt, der mit dem Titel eines General-Inspectors wieder in derselben erschienen ist. Während dreizehn Tagen verweilte er unter den Böblingen und folgte mit unausgesetztem Eifer allen ihren Arbeiten und Übungen. Am Schlusse der Inspektion fand eine große Ehren-Revue statt, bei welcher General Trochu die Böblinge des zweiten Jahres schwören ließ, künftig alle Neckereien und Misshandlungen der Einjährigen zu unterlassen. Es ist dies ein sehr schwerer Uebelstand, der schon häufig zu den traurigen Austritten, zu Duellen, Rauferien und offener Meuterei Veranlassung gegeben hat. Trotz aller Mühe und Anstrengung, der Böblingen konnte es bis jetzt nicht gelingen, selbst durch Absonderung der beiden Abteilungen und durch die unnachlässlichen Strafen diesem langjährigen Unfug ein Ende zu machen.

Man unterhielt sich dieser Tage in Brüssel lebhaft über Depeschen, die, von Veracruz direct an den Kaiser Napoleon gerichtet, auf diesen einen lebhaften Eindruck gemacht haben sollen. General Forey, sagt man, habe in einem langen Schreiben an den Kaiser die unüberwindlichen Schwierigkeiten der mexikanischen Expedition dargelegt. Das Klima, das Terrain und die Bevölkerung hätten sich gegen die französischen Truppen verschworen. Die Wege seien unpracticabel, die Ortschaften von den Bewohnern verlassen; der Mangel an Transportmitteln werde immer fühlbarer, je tiefer man ins Land komme. Alle Pferde und Maultiere seien von den Mexicanern längst nach entlegenen Gegenden getrieben. Bezeichneterweise des General Lorencez's die dichte Reihe von Kreuzen, welche auf den Gräbern der am gelben Fieber gestorbenen auf der Strecke von Veracruz bis Orizaba aufgesetzt wurden, so werde diesmal die Truppe durch Wachstieber und

Spanien.

Der spanische Minister des Innern hat der Deputirtenkammer einen Pressegegenentwurf, der übrigens nur die Wiederholung des bereits bekannten ist, und ein Project über die parlamentarischen Incompatibilitäten vorgelegt.

Dänemark.

Welchen Zweck man in Kopenhagen mit der Errichtung der holsteinischen Regierung verfolgt, ist schon früher gesagt worden. Man giebt sich auch nicht einmal den Anschein, als ob man ein dem Lande nützliches Institut habe schaffen wollen. Die Regierung schreibt man der Hamb. B. H. aus Jæhoe, besteht nämlich aufsöge der Bekanntmachung vom 27. Novbr. seit dem 1. d. M., es fehlt aber noch immer an einer Instruction über die Behandlung der Geschäfte durch die Regierung, sowie über die besonderen Obliegenheiten und Besigkeiten des Präsidenten und die Organisation des Hülfspersonal, und selbst die Kompetenz derselben ist noch nicht genügend festgestellt. Betrachtet man das Institut dagegen von seinem rechten, d. h. eiderdänischen Gesichtspunkt, so ist nach dieser Seite Alles aufs bestre geordnet. Die Regierung soll ihren Sitz in Holstein haben und dem Ministerium, welches wohlweislich in Kopenhagen bleibt, in jeder Hinsicht untergeordnet sein. Das Ministerium besteht aber nur aus dem dänischen Minister Hall und dem ihm untergebenen Secretariat. Da nun verfassungsmäßig die wenigen den Herzogthümern Schleswig und Holstein gemeinsam verbliebenen Angelegenheiten, zu denen z. B. die Universität Kiel gehört, von beiden Ministerien collegialisch zu behandeln und entscheiden sind, so braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden, daß der Minister Hall seine Befreiung von dem Einfluß der bisher zum Ministerium gehörigen Regierung dazu verwenden wird, um mit seinem schleswigschen Collegen Wolfshagen die wenigen Bande zu lösen, welche die Herzogthümer noch vereinigt haben. Erwähnt man dazu noch, daß dieser Schritt jetzt geschieht, in einer Zeit, wo Dänemark von sämtlichen Großmächten und zwar dringend zur Nachgiebigkeit ermahnt wird, so muß die Erfolglosigkeit folgerathsläge auf der Hand liegen.

Schweden.

Unter den Vorschlägen, die in den letzten Tagen auf dem schwedischen Reichstage gestellt wurden, sind der des Bankdirektors Wallenberg von Stockholm, betreffend die Einführung eines gemeinsamen Maß- und Gewichtsystems für die nordischen Reiche, und der des Hrn. Muren bezüglich einer Reduction der Zollsätze, der darauf hinzielte, das Schutzsystem aufzuheben, zu bemerkern.

Italien.

Aus Turin 1. Decbr. wird dem „Botsch.“ geschrieben: „Der neue französische Gesandte, Herr v. Sartiges, ist im rechten Moment hier angekommen, um noch entscheidenden Einfluß auf den Ausgang der parlamentarischen Schlacht zu nehmen. Nachdem nämlich Pattaži seinen Sturz entschieden sah, versuchte er den König zu bestimmen, das neue Cabinet in seinen Hauptelementen mit Führern der Linken zu besezen, und das wäre ihm vielleicht gelungen, da die gegenwärtige Linke, welche, wenn man alle Gegner des bisherigen Regierung dazu rechnet, die Majorität des Parlamentes bildet, im Grunde die persönlichen Ansichten Vicente Emanuels ausdrückt. Aber da trat eben Herr v. Sartiges mit dem „Non possumus“ des Tuileriencaibines dazwischen, wobei ihm der Agent des Baron Rothschild in Paris wirksam zu Hilfe kam. Dieser Agent erklärte nämlich, sein Haus könne unter keinen Bedingungen die projectierte Anleihe übernehmen, wenn das neue Cabinet nicht alle Garantie darbiete, daß es den status quo in Italien respettieren werde. Zum Zeugniss gerrieben, wollte nun der König in das andere Extrem überspringen und den General Gialdini für Bildung des Cabinets berufen. Dieser jedoch hätte nur mit einem „föderalistischen Programm“ regiert, da er schon längst ein einheitliches Italien als Chimäre bezeichnet hat. Aber auch das erklärte der französische Gesandte nicht zulassen zu können, denn seine Instruction laute einfach dahin, weder die Action noch die Reaction zu gestatten. Natürlich ließ es Hr. v. Sartiges nicht bei einer persönlichen Einstufnahme bewenden, sondern verstärkte dieselbe im geeigneten Augenblick mit einem „Schreiben des Kaisers“ an Victor Emanuel. Derselbe ist also darauf angewiesen, ein völlig farbloßes Ministerium zu nehmen, welches ganz zuverlässig der italienischen Politik der Tuilerien keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird.“

Nach der France hat der Stadtrath von Genua in seiner Sitzung vom 27. Nov. einstimmig eine energetische Erklärung gegen die Bestrebungen derjenigen erlassen, die Ligurien aus der Reihe der italienischen Provinzen reißen und daraus ein Anhängsel von Piemont machen wollen.

Die France konstatirt, daß Garibaldi, kaum auf dem Wege der Genesung, sich wieder mit Politik zu beschäftigen ansänge. Als Beweis dafür bringt er sein Bitten an Nicotera bei, in welchem er für die Wahlen in Palmi und Pozzuoli angelegentlich zwei Candidaten empfiehlt.

Aus Rom berichtet die „Augsb. Allg. Zeitung“: „Wie wenig der Kaiser der Franzosen eben jetzt geneigt ist, seine Truppen wegzuziehen, das beweist eine bezeichnende Thatsache. Die französische Intendantur lädt eben römische Lieferanten ein: die Bedingungen einzurichten, unter denen sie die Verpflegung der Truppen, nicht wie früher, auf sechs Monate, sondern vom 1. Januar 1863 an auf ein ganzes Jahr übernehmen möchten.“

Nach einer römischen Correspondenz der „Post“ vom 27. Nov. hatte Baron Caniz einige Tage vorher Symptome von Geisteskrankheit blitzen lassen, die jedoch nicht so stark waren, um seine Freunde zu erschrecken. Aber während er einen ihm empfohlenen Spazierritt mache, fiel er vom Pferde und erlitt eine

Verletzung am Kopfe, die vermutlich den Ausbruch der Krankheit beschleunigte und den oben erzählten Vorfall herbeiführte. Seitdem hat leider die Krankheit sich verschlimmert; am 26. wurden vier Wärter in die Stube des Patienten gesetzt und am 27. Morgen mußte man ihm die Zwangsjacke anlegen.

Rußland.

Wie aus Warschau berichtet wird, soll man von Seiten des Revolutions-Comites dem Großfürsten-Staatschalter schriftlich Bedingungen gestellt haben, unter welchen man Ruhe halten will, nämlich Wielopolski's Entlassung, dann allgemeine Amnestie, sogar für die noch zu begehenden Verbrechen. Natürlich waren keine Namen unterschrieben.

Der „N. P. Z.“ wird aus Warschau geschrieben: So haben wir denn auch den Revolutions-Zug von 1830 hinter uns und alle die Androhungen von zu erwartenden Ausbrüchen eines Aufstandes, von Bränden, welche am 29. Abends zum Zeichen des Aufstandes angelegt werden sollten, und dergl. m. sind unerfüllt geblieben, was, wie wir vorher sagten, auf zu erwarten war; denn wer so etwas thun will, sagt es nicht im Voraus. Dennoch gab es nicht wenige Furchtsame, die jene Nacht in englischer Erwartung schlaflos zubrachten, zumal da von dem Revolutions-Comite die Ordre gegeben war, an jenem Abend von 9 Uhr an die Straße nicht zu betreten. Da ich indes in diese Geheimnisse eingeweiht zu sein nicht die Ehre habe, so habe ich das schreckenerregende Verbot einer unbekannten Obrigkeit übertragen, und erst am anderen Tage wurde uns das Rätsel der auffallenden Stille erklärt, die dann in der Nacht von 12—3 Uhr einem ebenso überraschenden Fahnen Platz machte. Es sollen damals wieder viele Verhaftungen stattgefunden haben, worunter, wie das Gerücht geht, sich eine Anzahl Schüler und Studirende befunden haben. Wie sich hier das Räuberwesen immer mehr ausbildet, davon zeugt die wenigen Banden zu lösen, welche die Herzogthümer noch vereinigt haben. Erwähnt man dazu noch, daß dieser Schritt jetzt geschieht, in einer Zeit, wo Dänemark von sämtlichen Großmächten und zwar dringend zur Nachgiebigkeit ermahnt wird, so muß die Erfolglosigkeit folgerathsläge auf der Hand liegen.

Sachsen.

Unter den Vorschlägen, die in den letzten Tagen auf dem schwedischen Reichstage gestellt wurden, sind der des Bankdirektors Wallenberg von Stockholm, betreffend die Einführung eines gemeinsamen Maß- und Gewichtsystems für die nordischen Reiche, und der des Hrn. Muren bezüglich einer Reduction der Zollsätze, der darauf hinzielte, das Schutzsystem aufzuheben, zu bemerkern.

Italien.

Aus Turin 1. Decbr. wird dem „Botsch.“ geschrieben: „Der neue französische Gesandte, Herr v. Sartiges, ist im rechten Moment hier angekommen, um noch entscheidenden Einfluß auf den Ausgang der parlamentarischen Schlacht zu nehmen. Nachdem nämlich Pattaži seinen Sturz entschieden sah, versuchte er den König zu bestimmen, das neue Cabinet in seinen Hauptelementen mit Führern der Linken zu besezen, und das wäre ihm vielleicht gelungen, da die gegenwärtige Linke, welche, wenn man alle Gegner des bisherigen Regierung dazu rechnet, die Majorität des Parlamentes bildet, im Grunde die persönlichen Ansichten Vicente Emanuels ausdrückt. Aber da trat eben Herr v. Sartiges mit dem „Non possumus“ des Tuileriencaibines dazwischen, wobei ihm der Agent des Baron Rothschild in Paris wirksam zu Hilfe kam. Dieser Agent erklärte nämlich, sein Haus könne unter keinen Bedingungen die projectierte Anleihe übernehmen, wenn das neue Cabinet nicht alle Garantie darbiete, daß es den status quo in Italien respettieren werde. Zum Zeugniss gerrieben, wollte nun der König in das andere Extrem überspringen und den General Gialdini für Bildung des Cabinets berufen. Dieser jedoch hätte nur mit einem „föderalistischen Programm“ regiert, da er schon längst ein einheitliches Italien als Chimäre bezeichnet hat. Aber auch das erklärte der französische Gesandte nicht zulassen zu können, denn seine Instruction laute einfach dahin, weder die Action noch die Reaction zu gestatten. Natürlich ließ es Hr. v. Sartiges nicht bei einer persönlichen Einstufnahme bewenden, sondern verstärkte dieselbe im geeigneten Augenblick mit einem „Schreiben des Kaisers“ an Victor Emanuel. Derselbe ist also darauf angewiesen, ein völlig farbloßes Ministerium zu nehmen, welches ganz zuverlässig der italienischen Politik der Tuilerien keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird.“

Serbien.

Aus Belgrad schreibt man der Agr. Btg.: Seit einigen Tagen durchziehen wieder beunruhigende Gerüchte die Stadt. Man spricht von einer bevorstehenden Revolte und von Errichtung neuer Borrilladen. Gegen wen aber das Alles geschehen soll, ob gegen die Türken, oder vielleicht gar gegen d'n Fürsten, darüber wage ich keine Meinung abzugeben.

Türkei.

Nach Berichten aus Konstantinopel hat die Pforte in Folge der friedlichen Nachrichten aus Europa den Marsch ihrer Truppen an die griechische Grenze eingestellt. Diejenigen, welche sich bereits dort befinden, reichen für den Augenblick hin. In Albanien befindet sich fast die ganze Armee, welche gegen Montenegro agiert hat. Die Pforte hält streng auf der Bebindung der Errichtung der ihr zugestandenen Militärstraße, hat aber dem Fürsten Mirco gestattet, nach Montenegro zurückzukehren. Fünf Blockhäuser sind bereits errichtet worden. 26 türkische Bataillone sind am 16. Nov. ins Montenegrinische eingerückt, um die übrigen Blockhäuser, welche die von Spud nach Niksch gehende Militärstraße decken sollen, zu bauen. Die Montenegriner leisteten keinen Widerstand. Der russische Gesandte bei der Pforte bat Konstantinopel auf Urlaub

Griechenland.

Aus Athen, 3. Dec., erhält die „Kölnerische Btg.“ folgende Nachrichten: „Frankreich und Russland haben der provisorischen Regierung Noten überreicht, worin sie erklären, das Protocol von 1830 bestehe nach wie vor Recht; England dagegen hat sich offiziell nicht ausgesprochen, aber Bulgarien durch seinen Gesandten den Rath erheiht, nicht ferner auf die Annahme der Krone von Seiten des Prinzen Alfred zu rechnen. Die Griechen haben hieraus Veranlassung genommen, zur Könige gewählt bereits am 4. December zu schreiten; die Abstimmung soll zehn Tage, also bis zum Abend des 14ten dauern. Indes hat die Bewegung für den englischen Prinzen ihren positiven Fortgang in begeisterten Kundgebungen, wie ihnen negativen in Durchprügelungen der russischen Wahlwerber, wie es in Patras ges-

schah, oder in Ausweisungen, wie es in Athen „auf Andringen des Volkes“ dem Herausgeber des „Aeon“ widerfuhr, der als russischer „Herald“ landbekannt war. In mehreren anderen Orten haben die Bauern sich geäußert, sind aber sofort zur Ruhe gebracht worden.“

Nach Berichten aus Athen vom 29. Nov. bereitet das griechische Heer der provisorischen Regierung bedeutende Schwierigkeiten und lockt sich alle Bande in demselben. In den Provinzen wollen Subaltern-Offiziere Corpsbefehlhaber sein. Zu Athen wäre beinahe der Bürgerkrieg ausgetragen. Die provisorische Regierung scheint nicht mehr sehr fest zu stehen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 10. December.

* In der Sitzung vom 6. d. hat die Krakauer Advo- katenkammer zu ihrem Präses für 1863 Dr. Zybilliewicz, zum Vice-Präsident Dr. Kański erwählt. Den Ausschuss bilden die Doktoren Kański, Słachowski, Biessiadecki, Małachski, Sa- melson und Gießler.

* Der Lemb. Btg. wird aus Krakau, 30. Nov. geschrieben. So haben wir denn auch den Revolutions-Zug von 1830 hinter uns und alle die Androhungen von zu erwartenden Ausbrüchen eines Aufstandes, von Bränden, welche am 29. Abends zum Zeichen des Aufstandes angelegt werden sollten, und dergl. m. sind unerfüllt geblieben, was, wie wir vorher sagten, auf zu erwarten war; denn wer so etwas thun will, sagt es nicht im Voraus. Dennoch gab es nicht wenige Furchtsame,

die jene Nacht in englischer Erwartung schlaflos zubrachten, zumal da von dem Revolutions-Comite die Ordre gegeben war, an jenem Abend von 9 Uhr an die Straße nicht zu betreten. Da ich indes in diese Geheimnisse eingeweiht zu sein nicht die Ehre habe, so habe ich das schreckenerregende Verbot einer unbekannten Obrigkeit übertragen, und erst am anderen Tage wurde uns das Rätsel der auffallenden Stille erklärt, die dann in der Nacht von 12—3 Uhr einem ebenso überraschenden Fahnen Platz machte. Es sollen damals wieder viele Verhaftungen stattgefunden haben, worunter, wie das Gerücht geht, sich eine Anzahl Schüler und Studirende befunden haben. Wie sich hier das Räuberwesen immer mehr ausbildet, davon zeugt die wenigen Banden zu lösen, welche die Herzogthümer noch vereinigt haben. Erwähnt man dazu noch, daß dieser Schritt jetzt geschieht, in einer Zeit, wo Dänemark von sämtlichen Großmächten und zwar dringend zur Nachgiebigkeit ermahnt wird, so muß die Erfolglosigkeit folgerathsläge auf der Hand liegen.

Nach Berichten aus Lemberg vom 8. d. ist der fürstlich eisernen Befreiung vorgelegt. Hat man eine gegründete Hoffnung nach der Reinigung des Flusses der alten Weichsel und nach der Ausführung des projectirten Durchstiches ein permanent stehendes Wasser in jener Weise zu bekommen, daß im Stande wäre, die aus den Kanälen in das Flussbett geleiteten Unreinlichkeiten stets fortzuspülen? Ist bei der Richtung des projectirten Durchstiches mit der Ausmündung vor der Eisenbahnhütte über die große Weichsel beim hohen Wasserstande der Weichsel eine Wassergesahr für die Vorstädte Stradom und die Stadt Podgorze zu befürchten? und mit welchem Kosten aufwände kann die Reinigung des alten Flussbettes bis zu der Stradombrücke von der Einmündung an, dann die Aushebung des Durchstiches von derselben Brücke bis zur Ausmündung summt die Uferschäden und der Ausführung einer neuen Brücke über den neuen Durchstich ausgeführt werden? Die Commission hat einstimmig die erste Frage mit Ja beantwortet; alslein es wurde zugleich die höchste Wahrcheinlichkeit zugegeben, daß bei der gegenwärtigen Richtung des Flussbettes der großen Weichsel und ihrer Stromung das Flussbett der alten Weichsel bei jedem Hochwasser mit vielen hundert Kubikfassen Sano, Schoter und Schlamu vertragen werden dürfte, dessen sofortige Ausbaggerung mit bedeutenden, nicht einmal approximativ im Voraus zu bestimmenden Kosten alljährlich verbunden sein werde, wodurch den Stadtbürgern eine neue und nicht geringe Last aufgebürdet werden würde. Die zweite Frage wurde einstimmig mit Nein beantwortet, weil die Niveaumessungen das Gegenteil nachweisen.

Die Kosten der ganzen Arbeiten bei der Regulirung wurden auf circa 50.000 fl. s. W. angegeben. Die Commission hat endlich den einstimmigen Beschluss gefaßt, daß insgehegenden der projectirten Durchstich der großen Weichsel über die Serpentinen der Rybachy nicht durchgeführt sei wird, das Flussbett der alten Weichsel mit Hinblick auf die eventuellen der Stadtkaien bevorstehenden jährlichen Ausbaggerungsosten, in dem gegenwärtigen Durchstich die große Weichsel vermöge ihrer Stromrichtung von selbst in die alte Weichsel eindringen wird.

Nach Lemberger Berichten vom 8. d. ist der fürstlich eisernen Befreiung vorgelegt. Der Konsulat in der Dauer von 2 Jahren verurtheilt ehemalige Redakteur des „Glos“, Ignacy Kazakowski, begnadigt und seiner Haft entlossen worden.

* Am 4. d. sank in Lemberg die Urtheilsverkündigung im Prozeß der „Czytelnia dla młodzieży“ statt. Der Angeklagte, Herr Karl Ciezenski, wurde von dem ihm zur Last gelegten Verbrechen des Hochverlaß wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel freigesprochen, dagegen der Störung der Ruhe und Sicherheit der §§. 34 und 38 der P. O. Schulzige erkannt und zu sechsmonatlichem Kerker verurtheilt und gleichzeitig der Fähigkeit zur Leitung einer verantwortlichen Redaktion verlustig erklärt. Das Erscheinen des Blattes selbst wurde für alle ferneren Zeiten eingestellt. Der Verurteilte sowohl, als der Staatsanwalt gegen dieses Urtheil die Berufung an.

Bei der am 6. d. vorgenommenen 40ten Verlosung der Pfandbriefe des galizisch-slawischen Creditvereins sind folgende Pfandbriefe im Gesamtumfang von 148,676 fl. s. W. gezogen worden:

Serie I. Nr. 254 à 10,100 fl.

Serie II. 5 Stück. Nr. 145 288 440 480 489 im Werthe von 26,000 fl.

Serie III. 80 Stück. Nr. 26 626 720 1308 1652 1683

1977 2072 2311 3850 3855 4134 4341 4440 4479 4481 4520

4524 4604 4808 4893 5149 5216 6045 6469 6787 6903 7032

7553 8011 8057 8323 8393 8527 8618 8773 8800 8840 8942

9090 9131 9228 9263 9287 9441 9895 9917 9955 10,146

10,379 10,386 10,655 10,761 10,825 10,942 11,462 11,498

11,757 11,760 11,982 11,988 12,178 12,264 12,414 12,480

12,507 12,550 12,689 12,708 12,737 12,866 13,022 13,146

13,299 13,324 13,340 13,345 13,451 13,506 13,522 im Werthe von 82,600 fl.

Serie IV. 36 Stück. Nr. 439 937 1053 1307 1528 1851

1908 2468 2626 2762 2945 2991 3151 3166 3351 3565

3741 4012 4061 4114 4186 4329 4332 4446 4461 4642 4684

4783 4785 4969 5094 5211 5273 5283 5288 5305 im Werthe von 18,625 fl.

Serie V. 106 Stück. Nr. 587 761 901 913 1697 2211

2218, 2279 2336 3714 3739 3766 3772 3961 3986 4063

4234 4583 4692 4705 4716 4962 5295 5317 6041 6193 6263

6310 6426 6604 6748 6767 6880 6972 7017 7067 7299 7

N. 4171 civ. E d y k t. (4356. 1-3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Nowym Targu czyniąc się nimiejszem wiadomo, iż w dniu 23 lutego 1862 zmarł w Załucznem Jędrzej Czysz z uczynieniem pisemnego kodycytu.

Sąd nieznając miejsca pobytu Jana Czysz wywya go, aby w przeciągu jednego roku zgłosić się w tutejszym sądzie i swe oświadczenie do dziedziczenia spadku przedłożył, bowiem w przeciwnym razie spadek byłby z temi pertraktowany, którzy się zgłosili a i kuratorem Józefem Czysz dla niego ustanowionym.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu:

Nowy Targ, dnia 26 lutego 1862.

N. 8201. **Kundmachung.** (4372. 1-3)

An der Krakauer Musterhauptschule und dem damit verbundenen Präparandencurso ist die Stelle eines Directors mit dem Gehalte von 630 fl. österr. W. und dem Wohnpauschale von 210 fl. ö. W. jährlich in Erledigung gekommen.

Zur Besetzung dieser Stelle wird der Concurs bis Ende Januar 1863 ausgeschrieben.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig belegten Gesuche im Wege des vorgesetzten Amtes beim Krakauer bischöflichen Consistorium binnen der obigen Frist zu überreichen.

Krakau, am 21. November 1862.

N. 67319. **Kundmachung.** (4368. 2-3)

Vom laufenden Studienjahr angefangen sind mehrere Stipendien im Betrage jährlicher 210 fl. und 157 fl. 50 kr. ö. W. aus der Głowiński'schen, Zawadzki'schen und Extracordonalstiftung sowohl für Adelige als auch für Nichtadlige wieder zu besetzen.

Zur Bewerbung um diese Stipendien wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Die Bewerber haben ihre vorschriftsmäßig belegten und wenn sie Stipendien für Adelige oder aus dem Titel der Angehörigkeit zur Familie eines der Stifter ansprechen, mit dem Nachweise der Adelsgegenwart aus den alßälligen Beweisen über die Abstammung von jenen Familien der Stifter, denen bei Erledigung der Stipendien stiftungsgemäß ein Vorzugsrecht zusteht, versehene Gesuche im Wege der Vorstände der betreffenden Studienanstalten innerhalb der Concursfrist bei der c. k. Statthalterei einzubringen.

Von der c. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

L. 67319. **Obwieszczenie.**

Zaczawszy od bieżącego roku szkolnego są znów do obsadzenia kilka stypendów z fundacji Głowińskiego, Zawadzkiego i Extrakordonalnej dla szlachty i nieszlachty w kwocie 210 zł. i 157 zł. 50 c. rocznie.

Dla ubiegania się o te stypendium rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Ubiegający się wniesć mają w ciągu terminu konkursowego do c. k. Namiestnictwa swoje po-dania w drodze przełożonych odnośnych zakładów szkolnych i według przepisów zaopatrzyć je mają, jeżeli ubiegają się o stypendium dla szlachty albo z tytułu przynależności do familii jednego z fundatorów w wykaz szlachectwa z odnośnych dowodów pochodzenia z tych familii fundatorów, którym według fundacyjnego listu przynależy pierwzeństwo.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 279. **Concurs.** (4339. 5)

Zur Wiederbesetzung der an der Lemberger medizinisch-chirurgischen Lehranstalt erledigten chir.-klinischen Assistenstellen wird der Concurs bis Ende December 1. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen mit Adjutum jährlicher 210 fl. ö. W., einem Völkigungsbetrag täglich 42 kr. ö. W., einer bezeitigen Wohnung im allgemeinen Krauenhause und einem Bezug jährlicher 36 Pfund Unschlittkerzen verbundenen Posten, haben ihre mit dem medicin.-chirurgischen Doctors-Diplome, der Nachweisung ihres Alters, Standes, der bisherigen dienstlichen oder sonstigen praktischen Verwendung, der Sittlichkeit, der Kenntniß der polnischen oder einer dieser nahe verwandten anderen slawischen Sprache, gehörig instruirten Gesuche innerhalb der Concursfrist mittelst ihrer unmittelbar vorgesetzten Behörden bei diesem Studien-Directorate einzubringen.

Von c. k. med.-chir. Studien-Directorate.

Lemberg, am 21. November 1862.

L. 279. **Konkurs.**

Dla obsadzenia opróżnionego miejsca chirurgiczno-klinicznego asystenta przy tutejszym medyczno-chirurgicznym naukowym zakładzie, rozpisuje się konkurs do ostatniego grudnia r. b.

Zgłaszać się o te posadę, wynagrodzoną rocznym pobiorem 210 zł. oprócz tego strawnego 42 cent. dziennie, opalonem mieszkaniem w powszechnym szpitalu i 36 funtami świec kójowych rocznie, swe proby dyplomem doktora medycyny i chirurgii, wykazem wieku, stanu, dotyczczącego zatrudnienia, obyczajności, znajomości polskiego lub temuż spokrewnionego języka, poparte, w przeciągu powyżej oznaczonego czasu pośrednio swych zwierzchności tutaj nadeszła.

Od c. k. Dyrekeyi med. chir. naukowego zakładu.

Lwów, dnia 21 listopada 1862.

N. 67319. **Kundmachung.** (4366. 5)

Aus der den Namen Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig führenden Stipendienstiftung ist ein Stipendium im jährlichen Betrage von 157 fl. 50 kr. ö. W. mit Beginn des laufenden Studienjahrs wieder zu besetzen.

Dieses Stipendium ist ausschließlich für Rechtshörer der Lemberger oder Krakauer Universität für die Dauer der Universitätsstudien bestimmt, und es haben stiftbriefmäßig das nächste Anrecht hierauf:

a) arme, die Rechtsstudien besuchenden Jünglinge armenischen Ritus aus dem Kolomeaer Kreise gebürtig;

b) in deren Ermanglung arme, die juridischen Studien frequentirenden Jünglinge armenischen Ritus, die aus dem Stanislauer oder Brzeżaner Kreise gebürtig sind;

c) im Abgange solcher, derlei Jünglinge armenischen Ritus, die überhaupt in Galizien geboren sind;

d) und wenn auch solche nicht vorhanden wären, arme Rechtshörer des armenischen Ritus aus der Bukowina gebürtig.

In Ermanglung der laut a. bis d. zum Stipendien genüge vorzugsweise berufenen Jünglinge wird das Stipendium an einen armen Rechtshörer ohne Unterschied des Ritus verliehen werden.

Diejenigen welche sich um Verleihung dieses Stipendiums bewerben wollen, haben ihre mit den Laufschneiden, Mittellosigkeitszeugnissen und den Studienfrequentations- und Verwendungszeugnissen belegten Gesuche bis 15 ten December 1862 bei der c. k. Statthalterei durch das Professoren-Collegium einzubringen.

Von der c. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. **Obwieszczenie.**

Ze stypendijnej fundacyi pod nazwą Jego Cesarskiej Mości najdostojniejszego Arcyksięcia Karola Ludwika, jest do obsadzenia stypendium w rocznej kwocie 157 zł. 50 cent. z rozpoczęciem bieżącego roku szkolnego.

To stypendium przeznaczone jest wyłącznie tylko dla słuchaczy praw Lwowskiego albo Krakowskiego uniwersytetu i według fundacyjnego listu największe mają prawo:

a) ubodzy, na wydział prawniczy uczęszczający młodziency ormiańskiego wyznania, rodem z Kołomyjskiego obwodu;

b) w braku tych, na jurydyczny wydział uczęszczający młodziency ormiańskiego wyznania, którzy są urodzeni w Stanisławowskim albo Brzeżańskim obwodzie.

c) w braku takich, owi młodziency ormiańskiego wyznania, którzy w ogóle z Galicją są rodem;

d) nareszcie jeżeli i takich nie było, ubodzy słuchaczy praw ormiańskiego wyznania rodem z Bukowiny.

W braku młodzienców powołanych przedewszystkiem do pobierania stypendium pod a. do d. nadane zostanie stypendium ubogiemu słuchaczowi praw bez różnicy wyznania.

Ci którzy się chcą ubiegać o nadanie tego stypendium wniesć mają za pośrednictwem kolegium profesorów swoje w metrykę chrztu, świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwa frekwentacyjne szkolne zaopatrzone podania w drodze przełożonego zakładu naukowego w ciągu konkursowego terminu do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. **Kundmachung.** (4367. 5)

Zur Wiederbesetzung mehrerer Stipendien jährlicher 105 fl. ö. W. welche für Ruthen, die den juridischen oder philosophischen Studien obliegen, bestimmt sind, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre Gesuche, welche mit den Laufschneiden und Mittellosigkeitszeugnissen, dann den Studien- und Frequentationszeugnissen gehörig zu belegen sind, durch das betreffende Professoren-Collegium innerhalb der Concursfrist bei der c. k. Statthalterei einzubringen.

Von der c. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. **Obwieszczenie.**

Dla ponownego obsadzenia kilku stypendów rocznych 105 zł. przeznaczonych dla rusinów powieczających się jurydycznym albo filozoficznym naukom, rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Ubiegający się o te stypendia wniesć mają swoje podania zaopatrzone należycie w metrykę chrztu i świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwa szkolne i frekwentacyjne, w ciągu odnośnego kollegium profesorów i w ciągu konkursowego terminu do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. **Kundmachung.** (4363. 5)

Zur Besetzung eines Stipendiums jährlicher 52 fl. 50 kr. ö. W. aus der vom ehemaligen Szynwalder

Pfarrer Andreas Stawek gegründeten Stiftung wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zum Genusse dieses Stipendiums sind arme Studierende an den Krakauer Lehranstalten berufen, welche sich in Sitten, Fleiß und Fortgang in den Studien auszeichnen.

Bei übrigens gleichen Umständen haben Studierende aus dem Pfarrbezirk Szynwald, Tarnower Kreises vor den übrigen Bewerbern den Vorzug.

Die Gesuche um dieses Stipendium sind im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalten innerhalb des Concurstermines bei der c. k. Statthalterei-Commission in Krakau einzubringen.

Von der c. k. galiz. Statthalterei.
Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. **Obwieszczenie.**

Dla nadania stypendium rocznych 52 zł. 50 cent. z fundacią byłego proboszcza z Szynwaldu Andrzeja Stawka rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Dla otrzymania tego stypendium powołani są ubodzy uczniowie w Krakowskich zakładaach naukowych.

Przy jednakowych z resztą stosunkach mają przed innymi ubiegającymi się pierwzeństwo uczniowie z Szynwaldzkiej parafii obwodu Tarnowskiego.

Podania o te stypendia mają być wniesione w ciągu terminu konkursowego i w drodze przełożonych odnośnych zakładów naukowych do c. k. Komisji Namiestnictwa w Krakowie.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. **Kundmachung.** (4365. 5)

Zur Wiederverleihung eines vom Jakob Kulczycki gestifteten Familien-Stipendiums im Betrage jährlicher 116 fl. ö. W. wird hiermit der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zu dieser Stiftung sind zunächst die unmittelbaren Blutsverwandten des Stifters des verstorbenen Landrechtspräsidenten in Lemberg Jakob von Kulczycki, in deren Ermanglung andere den Namen Kulczycki führende Jünglinge, berufen.

Der Genuss des Stipendiums dauert vom Eintritt in die Normalschulen bis zur Beendigung der Rechtsstudien.

Diejenigen welche sich um diesen Stiftungspunkt bewerben wollen, haben ihre, mit den Beweisen der Verwandtschaft mit dem Stifter, über ihr Alter, Moralität, Mittellosigkeit und mit den Zeugnissen über den Studienfortgang belegten Gesuche im Wege der vorgesetzten Lehranstalt innerhalb des Concurstermines bei der c. k. Statthalterei einzubringen.

Von der c. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. **Obwieszczenie.**

Dla ponownego nadania stypendium familialnego fundacyi Jakuba Kulczyckiego w kwocie 116 zł. 20 cent. rozpisywa się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Do tego stypendium powołani są przedewszystkiem najbliżsi krewni fundatora s. p. Jakuba Kulczyckiego zmarłego, prezydenta sądu krajo-wego, a w braku tych, inni młodziency nazwiska Kulczyckich.

Pobieranie tego stypendium trwa od wstępnie do szkół normalnych, aż do ukończenia nauk prawniczych.

Ci którzy się chcą ubiegać o to stypendium mają wniesć swoje w dowody pokrewieństwa z fundatorem, dalej co do ich wieku, moralności i ubóstwa, niemniej świadectwa szkolne zaopatrzone podania w drodze przełożonego zakładu naukowego w ciągu konkursowego terminu do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. **Kundmachung.** (4364. 5)

Zur Wiederverleihung des von Franz von Eichhorn gestifteten Stipendiums, welches gegenwärtig 126 fl. ö. W. beträgt, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Dieses Stipendium ist für Jünglinge bestimmt, welche in Galizien geboren sind und sich dem Studium der Arzneikunde an einer inländischen Universität entweder bereits widmen oder künftig widmen wollen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit den Laufschneiden, den Studien-, Verwendungs- und Armutshauszeugnissen und wenn sie noch nicht Mediziner sind, mit den Maturitätszeugnissen und mit der Erklärung, daß sie an einer c. k. Universität die Arzneikunde studieren wollen, belegten Gesuche innerhalb der Concursfrist im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalt bei der c. k. Statthalterei einzubringen.

Von der c. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. **Meteorologische Beobachtungen.**